

V 72

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

ersch. jeden Freitag, Vierteljährlich
Korrespondenz: durch die Post bezogen
1 Mt. — Unter Abrechnung 1 Mt. 25 Pf. —
Alle Bestellungen für Berlin alle Zeitungs-
Abnehmer, nehmen Bestellungen an.
Zirkulare pro Seite: Geschäftsbesorgung, 25 Pf.,
Familienanhang, 15 Pf. Vereinsausweisgen
10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion
in Godesb.: N.O., Geschäftsbesorgung, 221/22.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Büro).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsdirektor Rudolf
Stein, N.O., Geschäftsbesorgung, 221/22, ein-
zuliefern sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro
Exemplar. Bei obigen Adressen Abonnement
jenseits der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 4.

Berlin, 26. Januar 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Nutzen verkürzter Arbeitszeit. — Wohnungsfrage und Wohnungsreform in England. — Die Heimarbeit-Ausstellung in Berlin. — Wochenschan. — Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

A Der Nutzen verkürzter Arbeitszeit.

Auf der vorjährigen Weltausstellung von Lüttich lag in der Gruppe „Soziale Oekonomie“ eine kleine 106 Seiten umfassende Schrift aus, die sich befaßt mit den mit langer und kurzer Arbeitszeit gemachten Erfahrungen der Aktiengesellschaft für chemische Produkte von Enges (Belgien). Verfasser der Schrift ist der leitende Direktor jenes Unternehmens, Ingenieur L. G. Fromont. Der im Jahre 1888 begründete Betrieb führte die 24stündige Arbeitszeit ein. Zweck des Unternehmens war die Entschwefelung von Zinkblenden und die gleichzeitige Gewinnung von Schwefelgasen und ihre chemische Umgestaltung in Schwefelwasserstoff. Die Fabrik fabriziert gegenwärtig 30 Millionen Kilogramm Schwefelsäure als Nebenprodukt. Die Arbeiter zu beschaffen hatte große Schwierigkeiten, weil die Beschäftigung überaus ungesund war. Es waren Arbeiter notwendig, die in großer Hitze zu arbeiten vermochten und die auch die schlechten und gefährlichen Gerüche einzuatmen willens waren. Die Kesselöfen wurden nach zwei Methoden überwacht und im Gang gehalten: Als Arbeit mit einem Mann, als Arbeit mit zwei Männern. Bei der Arbeit mit einem Manne durfte sich der verantwortliche Arbeiter, Brigadier benannt, während 24 aufeinanderfolgenden Stunden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr morgens am nächsten Tage nicht von der Arbeit entfernen. Für die Hälfte der 24 Stunden hatte er einen Handlanger zur Seite, der gleichzeitig seine Hilfe wie weiteren benachbarten Öfen zur Verfügung halten mußte. Des Handlangers Aufgabe bestand darin, den drei Öfen die erforderliche Kohle zuzuführen, die Asche wegzuräumen, das Rohmaterial dem Ofen zuzuführen, und die gerösteten Zinkblenden zu entfernen.

Um 6 Uhr abends verließ der Handlanger die Fabrik, sobald der Ofen während der Nacht ausschließlich von dem Brigadier besorgt wurde. Unter diesen Arbeitsbedingungen wurde innerhalb 24 Stunden ein Produkt von 1750 kg hergestellt, auf den einzelnen Arbeiter, bei 12stündiger Arbeitszeit berechnet, kamen somit 583 kg. Der Brigadier erhielt für je 1000 kg gerösteter Zinkblende 3,58 Franken u. s. w., somit für 24stündige Arbeitszeit 5,86 Franken, und der Handlanger einen festen Zeilohn von 2,50 bis 2,70 Franken für 12stündige ununterbrochene Arbeitszeit. Da der Handlanger seine Arbeit auf 3 Öfen zu verteilen hatte, so mußte sein Arbeitslohn für jeden Ofen geteilt werden, um die menschliche Arbeitsleistung in Geld für jeden Ofen festzustellen. Somit ergab sich für je 1750 kg ein Arbeitslohn von 6,70 bis 6,76 Franken und für die Tonne gerösteter Zinkblende 3,85 Franken.

Bei der Arbeit zu 2 Männern arbeiten der Brigadier und der Handlanger ununterbrochen 24 Stunden. Die Arbeitsleistung betrug 1900—2200 kg. Der Handlanger wurde nicht durch den Unternehmer, sondern von dem ihm vorgelegten Arbeiter, dem Brigadier bezahlt. Der Brigadier erhielt 5,10 Franken für die Tonne gerösteter Blende und hatte den Lohn des Handlangers zu bezahlen, der 2,50 bis 2,70 Franken während 12 Stunden betrug.

Die Zweimännerarbeit wurde wieder aufgegeben, weil sie für das Unternehmen nicht profitlich genug war. Denn bei diesem System kostete die Tonne des Produkts 4,55 Franken Arbeitslohn, während bei dem System mit einem Manne und zeitweise Unter-

stützung eines Handlangers die Tonne bloß 3,85 Franken Arbeitslohn erforderte.

Bei den hier geschilderten Methoden begann die Arbeitszeit stets um 6 Uhr morgens, sie erfuhr während 24 aufeinanderfolgender Stunden bloß eine dreistündige Pause während der Nacht; der „Brigadier“ mußte seine Waghzeiten, ohne den Arbeitsraum zu verlassen, in nächster Nähe seines Ofens einnehm. n. Mit der einen Hand konnte er das Essen zum Ofen führen, und mit der anderen Hand mußte er arbeiten. All das geschah in schlecht gelüfteten Räumen, zwischen Kohlenhaufen und in Pulverform gebrachten Erzen, von denen sich ganze Staubwolken erhoben. Der Arbeiter mußte diesen gefährlichen Staub einatmen, was um so bedenklicher war, als die Öfen den häufig mehr oder minder erhebliche Mengen von Blei enthielten, sobald sich Bleivergiftungen mit ihrem Gefolge von dauernder Körperschwäche und Invalidität ergaben. Während starker Luftströmungen konnten die Schornsteine nicht funktionieren, und die Gase drängten in die Arbeitsräume, was bei der schlechten Ventilation häufige und schwere Unbehaglichkeiten der Arbeiter zur Folge hatte. In diesen Verhältnissen war der Arbeiter von 6 Uhr morgens bis Mitternacht ununterbrochen tätig, und erst von da ab durfte er sich eine dreistündige Ruhepause gestatten. Bei dem System von zwei Leuten schloß der Brigadier von 9 Uhr abends bis Mitternacht und der Handlanger von Mitternacht bis 2 Uhr morgens. Über Schlafräume fehlten vollständig. Der Arbeiter legte sich auf einen Strohsack, der neben dem Ofen lag, er mußte somit in der mit Gafen und giftigen Staube gesättigten Luft verbleiben. Diese Zustände ergaben selbstverständlich überaus traurige Gesundheitsverhältnisse.

Die sonst bei der Arbeit vorkommenden kurzen Pausen betrugen während 24 Stunden achtmal 5—10 Minuten, jedes Mal bei der Erlebigung eines Röstprozesses, so daß diese Pausen insgesamt bis 1 Stunde 20 Minuten betrugen. Während der 24stündigen Arbeitszeit nahm der Arbeiter fünf Waghzeiten ein. Für die ersten vier war je 1/4 Stunde berechnet. Die fünfte Waghzeit wurde um 4 1/2 Uhr morgens eingenommen, von da ab bis 6 Uhr, wo die Arbeitszeit überhaupt beendet wurde, ergab sich keine Arbeitsleistung mehr, die Tätigkeit beschränkte sich während der letzten 1 1/2 Stunden auf die Ueberwachung des Ofens. Die Gesamtheit der Pausen betrug mithin bis 6 Stunden 50 Minuten. Aber auch während dieser Pausen mußte der Arbeiter in dem überaus ungesunden Raum verbleiben.

Die Unternehmer waren mit der Arbeitsleistung unzufrieden. Dem Arbeiter fehlte jeder Ansporn zu höherer Leistung und er blieb dem ganzen Arbeitsprozeß gegenüber gleichgültig. Die angenommene Durchschnittsleistung wollte er nicht überschreiten. Die Beobachtungen des Direktors ergaben, daß eine 24stündige Leistung den Arbeiter körperlich und geistig so stark in Anspruch nehme, daß eine erhöhte Wirksamkeit nicht erwartet werden könnte. Der 24stündigen Arbeitszeit folgte eine Ruhe von gleicher Dauer, in welcher der Arbeiter aber auf höchstens 10—12 Stunden Schlaf rechnen kann. Ungenügend ausgeruht kam er wieder zu seiner 24stündigen Arbeitsperiode in die Fabrik. Um sich aufrecht zu erhalten, bedurfte er des Alkohols. Die Frau reichte dem Mann beim Abschied die gefüllte Schnapsflasche und auf dem Heimweg von der Arbeit konnte der Uebermüdete die Versuchung, in eine der Kneipen am Wege zu gehen, nicht überwinden. Der sich verbreitende übermäßige Genuß des Alkohols war eine Folge der ebenso übermäßigen Uebermüdung im Beruf. Der Arbeiter ging dabei zu Grunde und der Unternehmer klagte über zu geringe Leistung. Bald wurde erkannt, daß beide Dinge im engsten Zusammenhange standen.

Die Fortschritte in der chemischen Technologie führten zur Einführung anderer Ofensysteme, die erhöhte Leistungen ermöglichten. Die Arbeitszeit wurde auf 12 Stunden herabgesetzt, die Arbeiter aber waren an das System der 24stündigen Schicht gewöhnt und wollten von dieser Aenderung nichts wissen.

Ueber die einmal gewohnte Durchschnittsleistung wollten sie auch nicht hinausgehen. Das Ende war, daß die bisherigen Arbeiter sich überhaupt weigerten die neue Arbeitsmethode anzunehmen und so verließen sie den Betrieb. Der Betrieb kam in der ganzen Gegend in Verfall, während er früher bei der 24stündigen, aber nach Auffassung der Arbeiter weniger anstrengenden Arbeit die öffentliche Meinung nicht beschäftigt hatte. Da kam der Unternehmer auf Anraten des Direktors auf den glücklichen Gedanken, die 24stündige Schicht in 3 je 8stündige Schichten einzuteilen. Die Arbeiter sahen dieser Neuerung aber voller Mißtrauen entgegen. Sie befürchteten eine Verringerung ihrer Leistung und demgemäß auch ihrer Löhne. Um die 8stündige Arbeitszeit abzuwehren, planten sie sogar eine Arbeitseinstellung. Gegen den Willen der Arbeiter aber zu ihrem Glück wurde die neue Arbeitseinteilung dennoch eingeführt.

In der langen Arbeitszeit produzierte der Arbeiter pro Stunde 100 kg. Durch die verbesserte Arbeitsmethode sollte in der verkürzten Arbeitszeit die Leistung auf 118 kg gesteigert werden, es wurde aber bedeutend mehr erzielt.

Die Arbeitsdauer hatte sich um 29 pCt. vermindert, die Ruhezeit um 36,8 pCt. gesteigert. Den größten Teil der Zeit konnte nun der Arbeiter außerhalb der hygienisch unangünstigen Verhältnisse der Fabrik verbringen. Der Akkorblohn von 4 Franken pro Tonne blieb der gleiche. Bei der 8stündigen Arbeitszeit und 7/8stündiger Arbeitsleistung kamen auf den Arbeiter 890 kg Produkt oder 3,56 Franken Lohn, beim Wechsel der Schichten, also bei 16 stündiger Arbeitszeit wären, wie oben, berechnet nach den früheren Leistungen, auf den Arbeiter 6,40 Franken Lohn gekommen. Tatsächlich wuchs aber der Lohn über diese Grenzen.

Die Arbeiter hatten sich gegen das neue System energisch gewehrt, weil sie außer anderen Nachteilen eine Verminderung des Lohnes befürchteten, sie erwarteten nur einen Lohn von 3 Franken und bezweifelten, daß es ihnen in der kürzeren Arbeitszeit möglich sein würde, ihren alten Lohn zu verdienen. Selbst das Aufsichtspersonal und die Werkführer konnten nicht zu dem Glauben bekehrt werden, daß eine höhere Arbeitsleistung in der kürzeren Arbeitszeit erzielt werden könne. Tatsächlich waren die Leistungen am Anfang, infolge der ganzen Stimmung der Arbeiterschaft, quantitativ und qualitativ gering. Die Arbeiter wurden in ihrem Mißtrauen und in ihrem Zweifel durch ihre ganze Umgebung befestigt. Die Unternehmung tat alles, um einen Stimmungswechsel der Arbeiter herbeizuführen. Mit Strenge und Ueberredung, mit guten Ratsschlägen ging man vor. Erst nach und nach brach sich bei den Arbeitern die Ueberzeugung Bahn, daß die langen Ruhezeiten doch von Vorteil seien; die auffallende Verbesserung des Gesundheitszustandes scheint hier überzeugend gewirkt zu haben. Die Arbeiter begannen mit den vollen Bedenken, für sie unabänderlichen Tatsachen zu rechnen, sie fühlten sich auch körperlich kräftiger, und als die steigende Produktivität einsetzte, stieg sie ununterbrochen von Tag zu Tag. Nach sechs Monaten seit Beginn des achtstündigen Tages hatten die Arbeiter in 7/8 Stunden effektiver Arbeitszeit die gleiche Leistung erzielt, wie früher beim 12stündigen Arbeitstag mit 10 Stunden effektiver Arbeitsleistung, und dadurch wurde der Lohn der gleiche bei der kürzeren Arbeitszeit, als vorher bei der langen.

Die „Neue Zeit“ hat sich ein Verdienst erworben, daß sie den Inhalt der Fromontschen Schrift ins Deutsche überetzte. Arbeiter und Arbeitgeber können vom Studium dieser Erfahrungen sehr viel lernen. Wir sind selbst vollkommen einverstanden mit der Ruhanwendung, die von der sozialistischen Zeitschrift aus diesen Erfahrungen gezogen wird.

Die „Neue Zeit“ weist nämlich darauf hin, daß wir in Deutschland eine Reihe von ähnlichen Betrieben haben, bei denen die gleichen Vorbedingungen für die Einführung des 8-Stundentages gegeben sind. Wenn die Sozialdemokratie in diesem Sinne handeln und sich auf die Forderung des 8-Stundentages für solche Betriebe beschränken wollte, in welchen zum Nutzen beider Teile die 8stündige Arbeitszeit eingeführt werden kann, dann würde sie unvergleichlich viel verständiger handeln als heute, wo sie den 8stündigen Arbeitstag für alle Betriebe ohne Unterschied verlangt. Wo Mögliche mit Unmöglichem verquirlt wird, kommt auch das Mögliche nicht zu seinem Recht! Diese Tatsache sollte sich die Sozialdemokratie ad notam nehmen und mit den Arbeitervereinen für die Verkürzung der Arbeitszeit im Rahmen durchführbarer Bestrebungen wirken. Das Verlangen nach einer gesetzlichen Schablone hingegen wirkt auf diesem so unendlich wichtigen Gebiete nicht förderlich, sondern im höchsten Maße fahrend.

Wohnungsfrage und Wohnungsreform in England.
 Vortrag des Herrn Dr. Bohberg am II. Volkswirtschaftlichen Abend im Werknabause zu Berlin, 10. Januar 1906.
 (Schluß)

Auf diesen gesetzlichen Grundlagen ist auch die kommunale Wohnungspolitik aufgebaut. Dreiviertel der englischen Bevölkerung wohnt in Städten, ein weit größerer Teil als in allen anderen Ländern der Welt. Stadtverwaltung und besonders städtische Gesundheits- und Wohnungspolitik haben deshalb eine außerordent-

liche Bedeutung. Während diese Tatsache früher nicht gewürdigt wurde, ist seit einigen Jahrzehnten ein neuer Geist in die Städte gekommen, sodas heute die vom Staate gebotenen gesetzlichen Handhaben in ganz anderem Maße benutzt werden. Ein praktischer, den dringendsten Anforderungen der Gegenwart und nächsten Zukunft gerecht werdender Munizipal-Sozialismus hat in diesem Lande des Manufakturismus Platz gegriffen und scheint vor den schärfsten Eingriffen in die individuelle Freiheit nicht zurück, wenn es das Gesamtinteresse erheischt.

Da trotz ausreichender Grundlage die städtischen Behörden bis in die 80er Jahre von ihren Befugnissen nicht genügend Gebrauch machten, war eine Reform der städtischen Verwaltung nötig. In den Provinzen lagen die Verhältnisse allerdings nicht so ungünstig. Der aus direkten Wahlen der Bürger hervorgegangene Stadtrat war durch die Sanitätsordnung von 1875 oberste städtische Gesundheitsbehörde geworden. Seine im Laufe der Zeit noch vermehrten Befugnisse wurden 1882 noch erweitert und 1888 erhielten die Städte von mehr als 50 000 Einwohnern noch die Befugnisse der Grasshallräte. In London selbst hatten bis 1855 neben der City eine große Anzahl Selbstverwaltungsbereiche (Kirchspiele) bestanden. Vom Jahre 1888 an besteht der Londoner Grasshallrat, und mit seiner Einführung wurde eine neue Bezirkseinteilung vorgenommen.

Die städtische Verwaltung ist, da sie aus direkten Wahlen der gesamten Bevölkerung hervorgeht, von Exaktionen und Sonderinteressen freier als früher und hat deswegen auch die dringenden Aufgaben der Wohnungsreform energischer in Angriff genommen. Als die eigentlichen Organe der Wohnungspolitik sind die Gesundheitsbeamten anzusehen, die von allen größeren Städten in großer Zahl (auch weibliche) angestellt sind. London besitzt über 50 Gesundheitsbeamte und etwa 250 Gesundheitsaufseher. Die Gesundheitsbeamten sind praktische Ärzte oder Ingenieure, die Ausseher sind dem Volke entnommen und haben eine Fachprüfung zu bestehen. Die Inspektion ist dank der vorzüglichen Schulung der oberen Beamten sowie der unteren, der Vermeidung alles polizeimäßigen Vorgehens, von Drohungen und Strafen auf das Mindestmaß, dem Entgegenkommen der öffentlichen Meinung und der Gesundheitsvereine sehr erfolgreich.

Mit Sanierungsarbeiten begann in Glasgow, einer kommunalpolitisch sehr fortgeschrittenen Stadt, 1866 der „City Improvement Trust“. Er kaufte ungesunde Quartiere an, erbaute von 1870 an, da die Privatunternehmer versagten, Familienhäuser und Ledigenheime und veranlaßte die Stadtverwaltung, selbst sehr billige Wohnungen (von 9-10 Mk. monatlich) heranzustellen. In Birmingham wurde unter dem 1873 gewählten Bürgermeister Chamberlain 1878 die Sanierung eines von Norden nach Süden gehenden Streifens vorgenommen, auf dem dann die schönste Straße der Stadt (Corporations-Street) angelegt wurde. Es mußten dazu 1867 Häuser von der Stadt gekauft, etwa 1200 davon niedergerissen werden; der Rest blieb ungebaut. Der an der großen Straße gelegene Teil wurde parzellenweise an Private abgegeben; auf dem rückwärtigen Teile wurden Arbeiterwohnungen durch die Stadt erbaut, die allerdings nur von gutsituierten Arbeitern zu erschwingen waren. Es handelte sich meist um Einfamilienhäuser mit drei bis fünf Zimmern für einen Mietpreis von 22-33 Mk. Bei einem zweiten großen Unternehmern wurden dann zweiflügelige Häuser mit zwei Wohnungen für die weniger bemittelten Arbeiterfamilien erbaut. In Liverpool arbeitet man seit 1864 auf Grund von Lokalgesetzen und der allgemeinen Gesetzgebung an der Sanierung der sehr ungesunden Teile der Stadt, in denen die große Zahl der Dockarbeiter u. s. w. wohnt. Die Stadt kauft meist den Boden, baut dann selbst oder verpflichtet etwaige Käufer, Arbeiterwohnungen zu bauen. Die Straßenbahnen sind alle städtisch. Neuerdings wird eine Anzahl ganz billiger Wohnungen mit einem Zimmer und Küche gebaut. Der monatliche Mietpreis beträgt 12 Mk.

In den letzten anderthalb Jahrzehnten sind an 5000 Häuser abgebrochen, in etwa 900 Einzelhäusern etwa 5000 Personen, in großen Mietshäusern über 1500 Personen untergebracht. In Manchester hat man besonders mit dem back-to-back-houses ausgehört (zwei Häuser mit zwei übereinander liegenden Räumen, von denen der untere als Wohnzimmer und Küche, der obere obere als Schlafzimmer dient, stehen mit dem Rücken gegeneinander). Eigene Familienhäuser und Ledigenheime sind von der Stadt erbaut; die Straßenbahnen sind in ihrer Hand.

In London blieben die Kirchspiele und Distriktsbehörden lange völlig passiv. Erst durch die Zentralbehörden ist auf dem Gebiete der Sanierung und Wohnungsherstellung beträchtliches geleistet worden. Jetzt sind 16 große Projekte durchgeführt, wobei die Bodenstücke größtenteils an Stiftungen und Gesellschaften zur Bebauung abgegeben wurden. Der Grasshallrat übernahm noch 6 Projekte und führte als erstes eigenes von 1891 an die Bonndery Street-Sanierung durch, in dem er an Stelle zerfallener elender Häuser mit etwa 6000 Einwohnern 23 große neue 4-5 stöckige Häuserblöcke setzte, in denen 5524 Personen Unterkunft fanden. Außer diesen sind noch mehrere große Projekte zum Teil im Einvernehmen mit den Lokalbehörden durchgeführt; mehr als 20 000 Bewohner schlechter Häuser sind billogiert, annähernd ebensoviel neu untergebracht; auch Logierhäuser sind errichtet.

Die Politik des Großrats hat mancherlei Schwankungen durchgemacht und viel Kritik erfahren. Er hat zwar meist an Stellen der alten neue Wohnungen gebaut. Diese waren aber für die frühere Klasse Mieter meist zu teuer, so daß die Wohnungsnot, besonders die Ueberfüllung nicht gemindert wurde. Die ärmeren Elemente drängten sich häufig in die Nachbarviertel, aus denen dann bessere auszogen, so daß daselbst ein neuer „Herd“ entstand. Dadurch stiegen Baukosten und Bodenwert im Innern ständig. Trotzdem will der Grafschaftsrat mit seinen Sanierungen fortfahren, daneben aber selbständig mit Neubauten an anderen Stellen vorgehen und dem berechtigten Drängen eines Teils seiner Kritiker entsprechend, hierbei besonders die Außenbezirke ins Auge fassen.

Die Logierhäuser oder Ledigenheime sollen dazu dienen, den Mißständen im privaten Logierhausewesen durch Anordnung der Eintragungspflicht und obligatorischer Beaufsichtigung durch die Gesundheitsbeamten zu begegnen. Es gelang das nur zum kleinen Teile, besonders auch in London, wo die privaten Logierhäuser, mehrere Hundert an der Zahl, einen trostlosen Anblick gewährten. Das ging mit selbständiger Errichtung eines Logierhauses voran. Es hat heute 7 Häuser mit 2414 Betten. Viele Städte folgten, und auch London eröffnete 1892 das erste Logierhaus. In finanzieller Beziehung sind die Erfolge durchaus befriedigend. Seit 1893 sind in London neben die städtischen die Privatlogierhäuser getreten, die musterhaft eingerichtet sind, während die sogenannten Shalters der Heilsarmee keinen ansprechenden Eindruck machen. In Glasgow besteht ein Logierhaus für Familien, d. h. für Witwen oder Witwer mit Kindern.

Bei aller Anerkennung der kommunalen Leistungen auf dem Gebiete der Inspektion und Sanierung muß betont werden, daß sie dem Hauptziel der Wohnungsreform, die genügende Menge kleiner Wohnungen zu mäßigen Preisen zu schaffen, nicht näher gekommen sind. Trotz der Anwendung des Blocksystems blieb das unmöglich, da der Wohnraum in der Stadt immer mehr eingengt wurde, der Zustrom der gleiche blieb und gerade durch Inspektion und Sanierung viele frühere Wohnstätten in Fortfall gebracht wurden. Das Uebel der Ueberfüllung ist nur zum kleinen Teil gemindert.

Daß hiergegen nur eine planmäßige Dezentralisation helfen kann, wird jetzt mehr und mehr erkannt. Zwar waren schon alle Wohnungsgesellschaften durch ihre Konzeptionsverträge verpflichtet, billige Züge laufen zu lassen; doch kamen gerade die größten dem nur sehr unvollkommen nach, trotzdem ihre Endstationen zum Teil dicht an entsprechenden Vierteln lagen und durch die Wohnanlagen viele Familien verdrängt worden sind. Diesen Gesellschaften sind seit 1888 große Steuerermäßigungen eingeräumt, wenn sie zwischen 6 Uhr abends und 8 Uhr morgens eine größere Anzahl Arbeiterzüge einlegen. Auch hat das Handelsministerium die Befugnis, letzteres eventuell zu erlangen. Trotzdem diese Verpflichtung sicher recht drückend ist, sind in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten in dieser Richtung große Fortschritte gemacht, obgleich die Züge ihrer Zahl nach auch jetzt noch nicht genügen, vielsach auch zu früh, nämlich um 7 Uhr statt um 8 Uhr aufzuheben.

Erforderlich ist und bleibt, daß die Eisenbahnen zunächst alle schon jetzt außerhalb des Zentrums wohnenden Arbeiter herein- und herausführen, weiterhin aber, daß sie in den Dienst einer systematischen Dezentralisation gestellt werden. Dem sollte ein im Jahre 1900 eingebrachtes Gesetz (Cheap Trains Bill) dienen, daß die kompetente Behörde ermächtigt soll, die Leistungen einer Wohnungsgesellschaft für unzureichend zu erklären, falls die Unterbringung einer bestimmten Arbeitermenge in einem bestimmten Viertel unmöglich ist und die Zahl der gestellten Züge geringer oder der Tarif höher sei als bei anderen gleichstehenden Gesellschaften. Trotzdem dieser Entwurf nicht Gesetz wurde, hält die öffentliche Meinung und die Londoner Behörde an dem in ihm ausgedrückten Grundgedanken fest, und da notorisch schon jetzt das Abströmen der Arbeiterkraft in der Richtung der billigen Bahnverbindungen erfolgt, wird auf solche Weise sicher der Wohnungsnot abgeholfen werden, wenn gleichzeitig eine planmäßige Bodenpolitik verfolgt wird. Es werden dann vielleicht im Laufe der Zeit nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Fabriken und andere industrielle Anlagen auf das Land ziehen. Für einen erheblichen Teil der Arbeiter, besonders die unständig beschäftigten, sind allerdings stets Wohnungen nahe der Arbeitsstätte nötig, in Mietshäusern wie in Logierhäusern. Das Gesagte gilt im wesentlichen nur für London. Die Provinzhäute können sich größtenteils mit einer zweckmäßigen Einrichtung des Omnibus- und Straßenbahnverkehrs, der natürlich auch in London eine große Rolle spielt, begnügen. Sie haben diese Verkehrsmittel vielsach selbst in Händen.

Neben der Dezentralisation durch eine zweckentsprechende Verkehrspolitik darf aber auch die eigentliche Bodenpolitik und Bodenreform nicht vernachlässigt werden. Es wird sich dabei in der Hauptsache darum handeln, daß durch zweckmäßige Bauungspläne und Bauordnungen die übermäßige Bodenanspruchung verhindert und zugleich die Bodenpekulation eingegrenzt wird. Dazu ist das Umlegungs- und Enteignungsrecht zu erweitern. Weiter muß durch Umlegung von Bauplatzreue die Zurückhaltung erschwert und durch Gebühren- und Steuererlässe die Bebauung gefördert werden. Als wesentliches Mittel kommen ferner in Betracht ausreichende Kredite unter Schaffung genügender Kautelen. Vor allem ist es wesentlich, daß die Gemeinden

selbst Boden erwerben und ihn in Leihe ausgeben. Die sonst eingetretene Gefahren kommen hierbei in Fortfall.

Die englische Wohnungspolitik ist trotz der großen aufgewandten Kosten und Mühen bis heute noch nicht zu einer befriedigenden Lösung der Wohnungsfrage gelangt, besonders wohl deshalb, weil ihre Arbeit mehr negativ als positiv gerichtet war. Was sie geleistet hat, braucht in Deutschland entweder gar nicht oder nur in geringem Maße geleistet zu werden, bezw. es wird bei uns durch die Polizei geleistet. Was aber bei uns im Gegensatz zu England fehlt, ist der starke Druck der öffentlichen Meinung, der in der Lösung der Wohnungsfrage eine Aufgabe der Gesamtheit stellt, der die Wille des Staates, den für die Wohnungsreform in Betracht kommenden Organen die geeignete Handhabe zu geben und vor allem die starke uninteressierte Kommunalverwaltung, welche die gebotene Handhabe zum Wohle der sozial benachteiligten Schichten ausnutzt.

Die Heimarbeit-Ausstellung in Berlin.

Seit dem 17. Januar ist in Berlin, Unter den Linden 38, im alten Akademiegebäude eine Ausstellung für deutsche Heimarbeiten etabliert, an deren Zustandekommen unsere Verbandsleitung und insbesondere die Gewerksvereine der Schuhmacher und Lederarbeiter und der Stuhl- und Textilarbeiter mitgearbeitet haben. Von den übrigen Gewerksvereinen sind nur vereinzelte Ausstellungsgegenstände eingegangen.

Die beiden genannten Gewerksvereine haben zu ihrer Ausstellung, die sehr hübsch arrangiert ist, Begleitschriften verfaßt, die den Ausstellungsbesuchern zur Verfügung gestellt werden. Die Gewerkschaften und die christlichen Gewerksvereine haben beide ebenfalls sehr Eilfertiges geleistet, so daß der Besuch dieser Ausstellung sich sehr empfiehlt, umso mehr, als der Eintritt für die Gewerksvereiner, wie überhaupt für die organisierten Arbeiter, umsonst ist.

Nachfolgen lassen wir hier den Inhalt der beiden Begleitschriften.

In Heimarbeit hergestellte Schuhwaren.

In der handwerksmäßig betriebenen Schuhmacherei werden Schuhwaren aller Gattungen von Heimarbeitern angefertigt: Einfache Hartarbeit, die leicht von der Hand geschlagen wird, bessere Lagerarbeit, die in Schuhwarengeschäften zum Verkauf steht, sowie hochfeine Hartarbeit für die begüterte Gesellschaft. Auch in der mechanischen Großproduktion werden Halbfabrikate an Heimarbeiter vergeben: Steppen der Schäfte, Einfassen der fertigen Schuhe, meist von weiblichen Personen ausgeführt, sowie Aufzwicken, Wenden, Ausputzen, meist von männlichen Personen ausgeführt. Beim Handwerk gilt der weibliche Schuhmacherselle als ein Unikum, doch gibt es in der Marktschuhmacherei auch Frauen, die ihren Männern bei der Arbeit helfen und es mit der Zeit soweit bringen, Stiefel allein ohne Mithilfe des Mannes anzufertigen.

Eine besondere Werkstatt besitzt der Heimarbeiter in der Schuhbranche nur in seltenen Fällen. In der Regel wird die Arbeit an dem kleinen Werkstück in der Wohn- oder Schlafkammer oder im Küchenraum hergestellt. In der kalten Jahreszeit sitzt gewöhnlich die ganze Familie im Arbeitsraum, um Licht und Heizung zu ersparen. Feine Kundengeschäfte zahlen dem Heimarbeiter 25 bis 50 Pfg. Platzgeld für das Paar als Entschädigung für Zutaten und den Werkstattplatz. Die in Form eines Lohnzuschlags gezahlte Entschädigung stammt aus der Freizeit, wo die Großmeister dem außer dem Hause beschäftigten Logiegefell einen Lohnzuschlag für Zutaten und Logiemiete geben. In der Neuzeit wird aber nur selten noch ein Unterschied zwischen dem im Hause oder außer dem Hause beschäftigten Arbeiter betreffs der Lohnberechnung gemacht.

Der Logiegefelte, der nicht in der Werkstatt des Meisters arbeitet, erlittete schon vor langer Zeit, ehe an die mechanische Großfabrikation zu denken war. Er war damals aber eine Einzelerscheinung, nur selten war er verheiratet; jetzt ist der verheiratete Gefelle, der mit Weib und Kind für den Fabrikanten oder Kaufmann in der eigenen Wohnung arbeitet, eine Massenerscheinung geworden. Es gibt kaufmännisch betriebene Schuhgeschäfte, die ihre Heimarbeiter als „selbständige Gewerbetreibende“ behandeln, um das Kleben der Invalidentarten und die Beiträge für die Krankenkasse zu ersparen. Es fehlt auch nicht an Jungweibern, die das Gleiche tun.

Die in mechanischen Schuhfabriken hergestellte Ware ist, sofern dazu gutes Leder und Material genommen wird, im Verkauf nicht oder nicht viel billiger als Handarbeit. Der auf das einzelne Paar entfallende Arbeitslohn stellt sich zwar in der Fabrik ungefähr um die Hälfte bis zu zwei Drittel billiger als im Handbetrieb. Doch muß der Fabrikant die Lohnersparnisse zum Teil auf das Konto der teuren Maschinen und Betriebsanlagen stellen. Daher ist es erklärlich, daß einzelne Arbeiten, wie ringsumgewendete Rinderschuhe, Ball- und Reithuhe, die der Fabrikant auf der Wendemaschine machen lassen könnte, von ihm vorzugsweise als Heimarbeit vergeben werden. Bei solchen Spezialartikeln, die feine Hände erfordern, verdienen Heimarbeiter bei normaler Arbeitszeit 20-25 Mk. die Woche, jedoch sind die Aufträge ungleich über das Jahr verteilt. Viele Tage und Wochen fallen das Jahr über aus, wo nur wenig oder nichts zu tun

ist. Ueberhaupt ist die Schuhmacherei, ob mechanische oder Handarbeit, ein Saisongewerbe mit unfreiwilligen Arbeitspausen. Ein besserer Maßschuhmacher der Großstadt, der in der guten Zeit wöchentlich 18—24 Mk. verdient, muß sich in der stillen Zeit mit 10 bis 12 Mk. begnügen, mitunter auch wochenlang auf Arbeit warten, bis wieder Bestellungen eingeht. Die schlechter bezahlte Markt- und Lagerarbeit bringt gleichmäßigere Beschäftigung, aber sie hat doch auch ihre stille Zeit, wo, wie man zu sagen pflegt, die Schuster einfriert. Da mit wenig Ausnahmen Schuhmacherarbeiten im allgemeinen niedrig gelohnt werden, so bringt die stille Saison mancherlei Entbehrungen und viel Kummer über die Familie. Da muß dann die Frau einspringen und durch Aufwartestellen, Zeitungsaustragen, Plätten oder Näharbeiten mitverdienen helfen. Auch der Mann sucht nach Nebenbeschäftigung oder Ausschilffstellen. Mancher rettet sich aus der Bedrängnis durch einen kühnen Sprung in eine andere Erwerbstätigkeit, er wird Hilfsarbeiter, Straßenbahnkassierer oder Postbeamter. Briefträger bleiben gewöhnlich ihrem Handwerk treu. An dienstfreien Tagen besuchen sie nicht nur ihre Familie, sondern sie fertigen auch Schuhwerk für ihre Amtskollegen oder Nachbarkleute, wodurch eine neue Art von Heimarbeit entstanden ist. Heimarbeiter dieser Kategorie sind auch bei den Bedienten der Staatsbahn zu finden.

Nach der Gewerbezählung vom 14. Juni 1895 waren im Gebiete des Deutschen Reichs 402 186 Personen in der Schuhmacherei erwerbstätig, einschließlich der Nebengewerbe. Davon arbeiteten 169 434 Personen selbständig (Kleinmeister ohne Hilfskräfte). Von diesen wurden 26 539 Personen ermittelt, welche für Fabriken und Magazine arbeiten, also Hausindustrie betreiben. Da viele Kleinhandwerker bei statistischen Erhebungen ungenau zugeteilt, daß sie mangels eigener Kundenschaft für kaufmännische Geschäfte arbeiten, so wird wohl schon damals diese Zahl zu niedrig gewesen sein. Unter diesen ist im letzten Jahrzehnt die Zahl der hausindustriell beschäftigten Schuhmacher beständig gestiegen. Genaue Ziffern über den wirklichen Umfang der Heimarbeit gibt es allerdings noch nicht. Vergleicht man aber schätzungsweise das große Heer der in handwerksmäßigen Betrieben beschäftigten Gesellen und Lehrlinge, im Gegensatz zu den eigentlichen Schuhfabrikarbeitern, so ergibt sich, daß von rund 400 000 Schuhmachern etwa der fünfte Teil in Fabriken arbeitet, also ungefähr vier Fünftel das Gewerbe handwerksmäßig betreiben. Daher der mörderische Konkurrenzkampf zwischen beiden Betriebsarten. Den Vorkprung, den die Maschinenware bei kürzerer Arbeitszeit mit jedem Jahre gewinnt, sucht der Handwerker durch Verlängerung seiner Arbeitszeit auszugleichen.

Es fehlt auch nicht an Schuhfabrikarbeitern, welche nicht so gelohnt werden, daß sie ihre Familie ernähren können, die dann nach Erledigung ihres Arbeitspensums in der Fabrik nach Feierabend oder an Sonntagen in ihrer Wohnung als Heimarbeiter tätig sind, teils auch für Privatkundenschaft Schuhwerk anfertigen. Dies gilt natürlich weniger für diejenigen Schuhfabrikarbeiter, die keine gelehrten Schuhmacher sind. So kann in einer Fabrik feierliche Sonntagsruhe herrschen, während die Arbeiter derselben zu Hause eine fieberhafte Tätigkeit entwickeln. Gegen diese Ausbeutung von Heimarbeit, sowie gegen die Fälscherei der Post- und Bahnbeamten, ist in Fachkreisen schon viel geeifert worden, auch sind schon Petitionen an die zuständigen Behörden gegangen. Doch alle Mühe war vergeblich. Wenn die Unterbeamten in den Reichs- und Staatsbetrieben besser bezahlt würden, hörte die „Fälscherei“ wohl von selbst auf.

Der in der Pfingstwoche 1904 in Hannover versammelte Verbandstag der Deutschen Gewervereine nahm Stellung zu der Heimarbeitserfrage und gab eine Erklärung durch folgende Resolution ab: Die Heimarbeit erschwert den in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen das Streben nach Verbesserung ihrer Lage und vermindert das Zustandekommen geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvereinbarungen. Die Heimarbeit wird von vielen Unternehmern nur gefördert, um sich den Anforderungen der Gewerbeordnung und den Arbeiterversicherungsgeetzen zu entziehen. Die Heimarbeit erschwert anderen Unternehmern, die ihren sozialen Pflichten nachkommen, die Konkurrenz. Die schädliche Rückwirkung der Heimarbeit auf die Werkstätten- und Fabrikarbeit möglichst zu beheben und auszugleichen, fördert der Verbandstag folgende gesetzgeberische Maßnahmen.

1. Ausdehnung der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterentlohnungsgesetze und der Gewerbeverträge auf die gesamte Hausindustrie und Heimarbeit.
2. Unterstellung der Heimarbeit unter die Aufsicht der Gewerbe-Inspektoren.
3. Erlass von Vorschriften über die Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeitsräume in Verbindung mit Wohnungsinspektion.
4. Verbot für Unternehmer, an Fabrik- und Werkstättenarbeiter Arbeit mit nach Hause zu geben.
5. Von allen Heimarbeitern hat der Unternehmer und Zwischenmeister ein Verzeichnis mit Wohnungsangabe für die Gewerbeinspektion zu führen.
6. Der Verbandstag richtet an die Staats- und Gemeindebehörden das Ersuchen, die Submissionsvergebungen die Unternehmer vertragsmäßig zu verpflichten, mindestens die in Staats- und Gemeindefabrikstätten üblichen Lohnsätze zu zahlen, und nicht die Arbeiten durch Zwischenmeister von Heimarbeitern anfertigen zu lassen.

E. Winter, Hauptschriftführer.

Die Heimarbeit in der Thüringer Textilindustrie.

Die Heimarbeit ist aus einzelnen Zweigen der Textilindustrie fast vollständig verschwunden. Die Handweberei wird mit wenig

Ausnahmen nur noch in Schloffen in einzelnen Dörfern des Culen-gebirges, sowie auf dem Eichsfeld betrieben. Dagegen kommt in der Wollwarenindustrie Thüringens die Heimarbeit in steigendem Maße in Anwendung. Ganz besonders sind es die Orte Apolda, Stadtsulza, Eckartsberga mit ihren umliegenden Dörfern, die das Hauptkontingent der Heimarbeiter und Arbeiterinnen stellen. Jedem Reisenden, der auf der Eisenbahn in diesem Bezirk reist, wird es auffallen, fast mit allen Sägen Leute mit hohen Traglasten auf dem Rücken zu sehen, die mit wenig Ausnahmen sämtlich nach dem Hauptort der Industrie Apolda fahren und dort bei den einzelnen Fabrikanten die gefertigten Waren abliefern.

Wohl selten ist in einem Spezialzweig einer Industrie eine solche Mannigfaltigkeit der Artikel zu finden, wie in dieser Art der Textilindustrie. Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß bei Anfertigung der Aufträge an den einzelnen Vor- oder Nacharbeiten sämtliche Familienmitglieder beteiligt sind. Die Kinder, einerlei ob Knaben oder Mädchen, sind mit Spulen der Garne, Annähen von Knöpfen, mit Versäubern und Verzupfen, ja nicht selten, wenigstens die älteren Schulmädchen, auch an der Nähmaschine beschäftigt. Seit dem Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes am 1. Januar 1904 ist manches besser geworden, jedoch ist es in großen und ganzen noch traurig genug in dieser Hinsicht bestellt. Ob die am 1. Januar 1906 in Kraft tretende erweiterte Durchführung des Gesetzes merklliche Besserung bringt, muß erst die Praxis zeigen.

Betreffs der Bezahlung der einzelnen Artikel ist zu bemerken, daß für die in Apolda angefertigten Waren eine etwas bessere Entlohnung erfolgt. Die Erklärung liegt darin, daß es meist Waren sind, die mit Hilfe der verschiedenen Arten der Wir- oder Strickmaschinen in der Hausindustrie hergestellt werden. Es ist überhaupt sehr schwierig, einen bestimmten Stundenlohn festzustellen, auf Grund dessen man von einem bestimmten Wochen- oder Jahresdurchschnittsverdienst reden könnte. Zum Beispiel Nr. 1 unserer Kollektion. Für 1 Paar Pulswärmer werden 2 Pfg. Arbeitslohn bezahlt. Auf einer gut gehenden Strickmaschine kann man in 3 Minuten 1 Paar dieser Pulswärmer herstellen. Nun gibt es breite und schmale Maschinen. Auf einer vielleicht 76 cm Nadelraum führenden Maschine kann der Arbeiter in einem Strick 3 Paar auf einmal arbeiten, ein anderer arbeitet auf einer schmalen Maschine und kann daher in einem Strick bloß 1 Paar herstellen. Der Arbeiterlohn ist also sehr verschieden und doch wird pro Paar, einerlei ob auf breiter oder schmaler Maschine hergestellt, der Preis von 2 Pfg. bezahlt. So ähnlich ist es auch mit den anderen Artikeln.

Bei einzelnen Sachen, besonders bei feinerer Ware, ist es bei guter Beschaffenheit der Garne und Maschinen möglich, einen Stundenlohn von 40—60 Pfg. zu erreichen, es wäre aber falsch, nun zu sagen, der Arbeiter verdiene pro Stunde bestimmt 40 oder 60 Pfg. Die Arbeitszeit zu 11 Stunden gerechnet, käme dann ein Wochenlohn von 26,40 bezw. 39,60 Mk. heraus. Wochenlöhne in dieser Höhe sind aber selten. Die Orders, die einen Arbeiter die ganze Woche voll beschäftigen, laufen in diesem Artikel selten oder gar nicht ein. Ist in 2—3 Tagen die Order erledigt, dann kommt ein anderer Artikel, der nun erst wieder ganze oder halbe Tage zur Erledigung der Vorarbeiten bedarf, um weiter arbeiten zu können. Es ist ferner zu beobachten, daß die Wollwarenindustrie Thüringens ohne Ausnahme Saisonarbeit ist. Nicht selten kommt es vor, daß Tage und Wochen absolut keine Beschäftigung zu haben ist, da kein Artikel auf Lager genommen werden kann, denn alles ist den Launen der Mode unterworfen, daher nur alle Waren laut Order der Großisten ausgeführt werden.

Das Absatzgebiet der Wollwarenindustrie Thüringens ist, man könnte sagen, die ganze Welt, soweit es die herrschenden Modells nur gestatten, singt doch der Thüringer Dichter Hermann Görwig in seinem Lied „Von der Wolle“:

„Wenn Persiens Kind, das jugendliche,
Den Mirza-Schaffi selbst entzückt,
Wenn er's in dem Gewand erblickt,
Das weit ab in dem Land der Gise,
Im großen deutschen Kaiserreiche,
Apoldas Kunstfleiß hat gestiftet.“

In der arbeitslosen Zeit muß sich der Heimarbeiter in kümmerlicher Weise durchschlagen, da er in keinem anderen Beruf Unterkommen findet. Die Arbeitgeber anderer Berufe wissen genau, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sofort zur Heimarbeit wieder zurückkehren, sobald Orders beim Fabrikanten einlaufen. Der landestübliche Ausdruck lautet: „Strumpfwirker nehmen wir nicht, denn diese bleiben nicht.“

Jede Veränderung in der Zollgesetzgebung der einzelnen Länder wird daher auch, sofern eine Erschwerung des Exports dabei in Betracht kommt, bitter empfunden. Der Hauptabnehmer ist England, wohin in großen Massen die Waren exportiert werden, und von dort zum größeren Teil in die englischen Kolonien weiter gehen. Solange es unjurer Staatsregierung, an Stelle des von Jahr zu Jahr sich wiederholenden Provisoriums einen günstigen Handelsvertrag auf längere Zeitdauer abzuschließen, so würde das außerordentlich günstig auf diese Industrie wirken.

Während früher Spanien und die Schweiz, besonders aber die großen Gebiete des Orients, sowie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, lebhaft Abnehmer waren, so ist seit langer Zeit die

Einfuhr nach diesen Ländern sehr erschwert. Aber immer wieder ist es nach schweren, von den Unternehmern wie von den Arbeitern gebrachten Opfern an Zeit und Geld möglich gewesen, neue Absatzgebiete zu erschließen, um so nach langer Zeit der Beschäftigungslosigkeit wieder Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Von den neuen Handelsverträgen muß eine weitere Erschwerung des Exports befürchtet werden.

Im ganzen betrachtet, ist bei genügender Beschäftigung die Lage der Heimarbeiter in Apolda, soweit die Waren mit diversen Wirkmaschinen hergestellt werden, immerhin noch erträglich. Die traurigsten Verhältnisse herrschen da, wo noch alles Handarbeit ist (Häselei), in den kleineren Drischkisten um Apolda, besonders in Gdaritzberga und Stadtsulza. In der Häseleiarbeit finden nur Frauen und Kinder Beschäftigung. Die Löhne sind so erbärmliche, daß es Tatsache ist, daß Stundenlöhne von 3 und 4 Pfg. nicht zu den Seltenheiten gehören. In den Zeiten der Hochsaison sitzen Frau und Kinder vom frühen Morgen bis zum späten Abend bei der Arbeit, um dann vielleicht zusammen in der ganzen Woche 2—4 Mk. zu verdienen. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß die Fabrikanten bessere Löhne zahlten, wenn nicht das Angebot von Arbeiterinnen trotz der schlechten Bezahlung so reichlich wäre. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß zu dieser Arbeit nicht nur diejenigen Frauen sich drängen, die unbedingt mitverdienen müssen, um die Familie zu erhalten, sondern auch eine große Anzahl von Beamten-Frauen und -Töchtern, die Häseleiarbeiten hausgewerblich herstellen, um mehr für Toiletten und den sonstigen kleinen Geldausgaben zur Verfügung zu haben. Diese Frauen übernehmen die Arbeiten zu jedem Preis. Fast über ganz Deutschland verenden die Wollwarenfabrikanten die Garne an diese Beamtenfrauen und lassen daraus für geringen Arbeitslohn die schönsten Artikel herstellen.

So sind die Heimarbeiter in der Textilindustrie Thüringens mit wenig Ausnahmen nicht um ihr Los zu beneiden. Mögen auch unsere ausgestellten Arbeiten dazu beitragen, Aufklärung und einen Anschauungsunterricht über einen Beruf zu geben, in welchem die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen nach Verbesserung streift.

Spremberg i. L.

Karl Eibel,
Mitglied des Hauptvorstandes des Gewerkschafts der Textil-Arbeiter (Hirsch-Dunder).

Wochenplan.

Berlin, 23. Januar 1906.

Das „Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften“ eröffnet ein Zweimonatsabonnemnt zum Preise von 1 Mk. Bei allen deutschen Postanstalten kann die Bestellung erfolgen. An jedem Postschalter wird das Abbonnement auf unser „Korrespondenzblatt“ angenommen. Für den Preis von 1 Mk. erhalten die Abonnenten in den Monaten Februar und März das „Korrespondenzblatt“ dreimal wöchentlich durch den Briefträger frei ins Haus gebracht. Wer die bereits im Januar erschienenen Nummern nachgeliefert haben möchte, muß natürlich ein volles Quartalsabbonnement zum Preise von 1,50 Mk. bei der Post bestellen. Wir hoffen, daß sich recht viele Verbandsgenossen durch ein Probeabbonnement über das „Korrespondenzblatt“ informieren und sich überzeugt, daß sie es dann gern dauernd weiter halten werden.

Im Preussischen Abgeordnetenhaus stand gestern die **Novelle über die Knappschaftsvereine** zur Verhandlung. Dieser Gesetzesentwurf will eine gewisse Ordnung in den Wirrwarr bringen, unter welchem die Knappschaftskassen heute leiden. Die Regierung hat in ihrem Entwurf für die Wahlen der Knappschafts-Beisteten die geheime Wahl obligatorisch gemacht. Insbesondere dieser Punkt wurde von den Konservativen und Nationalliberalen heftig angegriffen und vom Centrumsredner Brust und von unserem Verbandsredakteur, Abg. Goldschmidt, lebhaft verteidigt. Ueber den materiellen Inhalt des Gesetzes haben wir uns in Nr. 52 eingehend ausgesprochen. Auf die Reden kommen wir in nächster Nummer noch zurück.

Die sozialdemokratischen Demonstrationen am Sonntag gegen das **preussische Dreiklassenwahlrecht** mit Sympathieumgebungen für die russische Revolution sind in der Hauptstadt als ein Agitationstaktum anzusehen. Die Forderung nach einem vernünftigen Wahlrecht zu den Einzelwahlen ist selbstverständlich berechtigt und von uns immer ganz energisch vertreten worden. Das Wahlrecht wird aber durch Demonstrationen nicht geändert, wie auch die russische Revolution durch Sympathieumgebungen nicht erfolgreicher gemacht wird. Es ist durchaus berechtigt, wenn die Sozialdemokratie als eine große Partei sich bemüht in das preussische Parlament zu kommen. Dieses Ziel hätte sie schon längst erreichen können, wenn sie zunächst energisch geholfen hätte, daß die heutige reaktionäre Mehrheit zerflümmert und eine starke bürgerliche Linke in den preussischen Landtag gewählt worden wäre. Die Sozialdemokratie hat sich aber Jahrzehnte lang um das preussische Wahlrecht überhaupt nicht gekümmert. Jetzt auf einmal erwacht sie und begehrt, daß auch die von ihr geführten Arbeiter, wie die Arbeiter überhaupt, an der

Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses ein Interesse haben. Jahrzehntlang gar nichts tun und dann plötzlich aufzutreten, als wolle man gleich die ganze preussische Reaktion wie die Kreide an der Tafel mit dem Schwamm wegwischen, das ist wieder ein neuer Beweis dafür, daß die Sozialdemokraten immer noch nicht wissen, daß man Änderungen an der Gesetzgebung wie überhaupt jede Art von Verbesserungen im politischen und wirtschaftlichen Leben nur durch mühsame Arbeit von unten herauf unter Anwendung kluger Taktik erreichen kann. Wenn die Arbeiterschaft in den Bundesstaaten mit mehr oder weniger schlechten Wahlrechten politisch zur Geltung kommen will, dann darf sie es jedenfalls nicht so machen, wie die Sozialdemokratie es aus agitatorischen Gründen für zweckmäßig hält.

Die **Steuerpläne der Reichsregierung** werden in der Kommission ordentlich zerkaust. Am wenigsten Ansicht auf Annahme hat die Tabaksteuer vorlage. Das entscheidende Wort im Reichstage spricht das Zentrum. Steht sich diese große Partei auf die konervative Seite, dann unterliegt die Linke, stellt sie sich auf die linke Seite, dann unterliegen die Konservativen. Nun hat die „Kölnische Volkszeitung“ bereits erklärt, daß wenigstens für jetzt aus dem Tabak nicht mehr Geld herauszuholen sei. Die tabaksteuerfreundlichen Blätter und solche, die durch die Leute um Herrn von Stengel inspiriert sind, weisen darauf hin, daß die Ablehnung der Tabaksteuer vorlage zur Folge haben würde die Einführung der Fabriksteuer, die für das deutsche Tabakgewerbe noch viel unerträglicher sei. Die Fabriksteuer würde natürlich die gleichen unangenehmen Wirkungen in der Tabakindustrie hervorrufen wie die gegenwärtig vorgeschlagene Tabaksteuererhöhung. Tausende von Arbeitern würden durch die zweifellos eintretende Verminderung des Konsums arbeitslos werden. Wir haben das früher schon sehr eingehend ausgeführt.

In der Agitation gegen die verderblichen Steuerpläne bitten wir nicht nachzulassen, auch dann nicht, wenn es den Anschein hat, als ob die eine oder andere Vorlage bereits zu den Toten gerechnet werden dürfte. Es darf nicht eher geruht werden, bis die betreffenden Vorlagen zurückgezogen oder vom Reichstage abgelehnt sind.

Wir haben schon vor längerer Zeit ein sehr scharfes Urteil des **Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes** über die ungeschickte Führung der Kämpfe in Thüringen zum Ausdruck gebracht. Aus den eigenen Reihen ist das Blatt dafür heftig angegriffen worden. Gegenüber einem solchen Angriffe hält das Blatt seinen Vorwurf aufrecht, daß die Leitung der letzten großen Streiks in hohem Maße ungeschickt gewesen sei. Man dürfe den Massen nicht zuviel freien Willen bei ihren Entscheidungen lassen. Es sei zwar demokratisch, die Entscheidung der Masse zu überlassen, aber nicht praktisch. Die Entscheidung darüber, ob gekämpft werden solle oder nicht, müsse mehr bei den Führern liegen, als bei den Massen, wenn die Kämpfe erfolgreich sein sollten. Die Streikleitung sei aber offenbar davor zurückgeschreckt, den Massen ihre Bedenken mitzuteilen. Das Interessante an dieser Polemik ist jedenfalls die Tatsache, daß ein gewerkschaftliches Fachorgan das Prinzip der Demokratie aus „praktischen Gründen“ leichten Herzens preisgibt.

Gärtner sind weder wahlberechtigt noch wählbar! Gegen diese Bestimmung, die stets bei Ausschreibung der Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen vom Charlottenburger Magistrat getroffen wird, will der Allgemeine deutsche Gärtnereiverein (Arbeiterorganisation) diesmal einen Protest bis in die oberste Instanz durchsetzen. Die Gärtner lassen aus ihren Kreisen einen Arbeitnehmerkandidaten trotzdem mit aufstellen und werden auch auf Eintragung in die Wählerliste beharren. Wenn der Magistrat in beiden Fällen die Gärtner zurückweisen wird, so werden die weiteren Instanzen angerufen werden. Die Gärtner erhoffen eine günstige Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes. Andernfalls glaubt man auf diese Weise den Wunsch nach dem Eingreifen der Gesetzgebung lebhafter zu machen, zumal das Berliner Gewerbegericht bereits am 13. Oktober 1903 einen Antrag an die Gesetzgebung gerichtet hatte auf Beseitigung der vielen Zweifel über die rechtliche Stellung der Gärtner durch Änderung des Paragraphen 6 der Gewerbeordnung. Danach soll die Gärtnerei mit alleiniger Ausnahme des Obst- und Weinbaues der Gewerbeordnung unterstellt werden. Gegenwärtig herrscht ein Runterbunt von Anschauungen über diese Fragen. In der Praxis hat man die Gärtnerfrage so gelöst, daß man den Gärtner nach Maßgabe seiner Hauptbeschäftigung rechtlich katalogisierte. Die Gärtnergehilfen in Handelsgärtnereien gelten als gewerbliche Gehilfen. Sind sie in diesen Geschäften vorwiegend mit dem Verkauf beschäftigt, so betrachtet man sie als Handlungsgehilfen. Nimmt dagegen ein Gärtnergehilfe im Landwirtschaftsbetrieb eine Stellung an, so rangiert er unter die rechtlosen Landarbeiter und wird er in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen, so gehört er zum Gefinde.

Man sieht, daß es hohe Zeit ist, auf diesem Gebiete Klarheit zu schaffen.

Die **Heimarbeitersammlung** in Berlin erfreut sich eines überaus starken Besuches. Am Sonntag waren wohl an 4000 Personen in der Ausstellung. In unserem Korrespondenzblatt haben wir

Bereits darauf hingewiesen, daß unsere Ausstellung sehr viel Anerkennung findet. Auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften äußert sich in sehr anerkennender Weise über den von uns gelieferten Teil der Ausstellung. In vorliegender Nummer bringen wir nähere Ausführungen über die von den Gewerkschaften der Schuhmacher und Lederarbeiter bezw. der Stuhl- und Textilarbeiter ausgestellten Heimarbeiten.

Mit der Ausstellung sind öffentliche Vorträge über Fragen der Heimarbeit verbunden. Am letzten Sonnabend sprach Professor Sombart über die Frage: Was ist Heimarbeit? Am heutigen Dienstag Abend spricht Professor Dr. Schmöller über die Geschichte der Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland. Die weiteren Vorträge seien hier nachstehend aufgeführt:

- Gertrud Dyhrenfurth: Die weibliche Heimarbeit. 29. Januar. Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstr. 14. — Reichstagsabgeordneter A. v. Elm: Die Heimarbeit in der Labal-Industrie. 31. Januar. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. — D. Friedrich Kaumann und Alice Salomon: Der Zusammenhang von Not und Luxus. 5. Februar. Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstr. 14. — Simon Ragenstein: Die Bekämpfung des Schwelgerechts durch genossenschaftliche Organisation. 6. Februar. — Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. — Vln Braun: Die Heimarbeit in der Konfektion. 8. Februar. Gewerkschaftshaus, Engelfur 15. — Direktor Konrad Agahd: Die Kinder in der Heimarbeit. 10. Februar. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. — Dr. Heinrich Koch S. J.: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Heimarbeit. 12. Februar. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. Professor Dr. Th. Sommerfeld: Einzene der Heimarbeit. 14. Februar. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. — Dr. Michael Hainisch aus Wien: Die Heimarbeit in Oesterreich. 15. Februar. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. — Fräulein Ida Altmann: Der Heimarbeiter am häuslichen Herd und im Gemeinwesen. 16. Februar. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. — Fräulein Marg. Behm: Was kann die Organisation für die Heimarbeiterinnen leisten? 19. Februar. Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstr. 14. — Reichstagsabgeordneter Paul Göhre: Die Heimarbeit im Erzgebirge. 20. Februar. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91. — Reichstagsabgeordneter H. Molkenburr: Versicherungsgebung und Heimarbeit. 23. Febr. Einigungsaal des Gewerbegerichts, Zimmerstr. 90/91.

Die Vorträge beginnen abends 8 Uhr und wird ein Eintrittsgeld von 25 Pfg. erhoben. Für die organisierten Arbeiter kostet der Eintritt 10 Pfg. Die Karten werden an der Abendkasse verkauft.

Beitragsmarken beim Pfandleiher. Der gewerkschaftliche Bauarbeiterverband in Gelsenkirchen hielt vor kurzem in Carnap eine Konferenz ab, um die Frage der Agitation zu besprechen. Es waren Delegierte von Gelsenkirchen, Wanne, Reddinghausen u. s. w. erschienen. Nach dem sozialdemokratischen Volksblatt, das über die Konferenz berichtet, hat der Gauleiter Ahrens sich sehr scharf über diejenigen Kollegen aus seiner Gewerkschaft ausgesprochen, die sich an den Sonntagen der eigenen Arbeitsrüber vergreifen, um dann einige feuchtsüßliche Stunden zu genießen, denn es ist erwiesen, daß keine der Veruntreuungen aus Not vorgekommen ist. Hiernach müssen also gleichzeitig mehrfache Veruntreuungen vorgekommen sein. Ein anderes führendes Mitglied teilte mit, daß sogar Beitragsmarken zum Pfandleiher gebracht worden sind. Das ist jedenfalls ein ganz neues und eigenartiges Pfandobjekt. Wir fürchten allerdings, daß die Pfandleiher nicht allzuviel darauf gegeben haben. Bemerkenswert war noch nach dem Bericht des Volksblattes, daß ein Redner den Kampf der Gewerkschaften gegen andere Berufsvereine verurteilte. Wenn alle Arbeiter einmal ein einzig Volk von Brüdern werden wollten, dann dürfe man die anderen Organisationen nicht immer scheel ansehen. Dieser Redner blieb natürlich ein Auser in der Wähle.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Annabütte, Rieben-Kaufh.
Der hiesige neugegründete Ortsverband begann seine Tätigkeit mit dem 1. Juli. Zur geschäftlichen Erledigung wurden zwei Ausschüßungen und zwei gutbesuchte Mitgliederversammlungen abgehalten. Da zurzeit nur zwei Vereine dem Ortsverband angehören, hat es sich derselbe zur Hauptaufgabe gestellt, eine rege Agitation zu entfalten, und wurde seitens der Ausschüßmitglieder in der letzten Zeit, namentlich unter den Bergarbeitern, hier sowohl, wie in den umliegenden Ortschaften für die Gewerkschaftsjache eifrig agitiert. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus und wir können im nächsten Quartal als dritten Verein im hiesigen Orte den Bergarbeiter begreifen.
Am 31. Dezember beging der Ortsverband sein Silbsterjubiläum und fand dasselbe unter reger Beteiligung einen befriedigenden Verlauf.
Wir treten nun ein in das neue Jahr mit der Hoffnung, daß jedes Mitglied es möge als seine Pflicht betrachten, immer neue Kollegen dem Gewerkschaftsjahre zuzuföhren, denn gerade in unserer Umgebung liegt noch ein großes Arbeitsfeld vor uns.
Paul Lorenz, Ortsverbandschritzföhler.

Ortsverband Barth.
Seit Bestehen unseres hiesigen Ortsverbandes ist ein Jahr verfloßen; mit Mut und Eifer haben wir die Arbeiten im Ortsverbande bis zum

Schlusse des Jahres 1905 hindurch in gleicher Weise fortgesetzt. In derselben Weise wollen wir auch im neuen Jahr für die gute Sache wirken und uns dauernd mühen, sie vollen Erfolge entgegenzuführen.

Wir haben 9 Sitzungen und 6 Versammlungen abgehalten, außerdem eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in welcher der Verbandschritzföhler Herr R. Klein-Berlin einen Vortrag hielt über: "Wie stehen die Deutschen Gewerkschaften zur gesamten Arbeiterbewegung?" Ferner feierten wir ein Stiftungsfest und einen Ausflug, sowie eine Weihnachtsbescherung für die Kinder der Mitglieder. Es wurden 2 neue Ortsvereine gegründet und ist somit die Zahl der Mitglieder um das Doppelte gestiegen, so daß unser Ortsverband jetzt 100 Mitglieder zählt.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1906 ebenso wie das Vorjahr uns an Mitgliedern Zuwachs und reichen Segen für die Deutschen Gewerkschaften bringen möge.
Auf mit frohem Mut zur Agitation in unserm Ortsverbande Barth.
R. Wendt, Vorsitzender. B. Frank, Schritzföhler.

Ortsverband Burg s. Magdeburg.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 Ausschüßungen und 4 Versammlungen. Derselbe besteht gegenwärtig aus 3 Ortsvereinen und hat eine Mitgliederzahl von 122 und zwar Fabrik- und Handarbeiter 65, Schuhmacher und Lederarbeiter 48, Fischer 9. Die erste Versammlung beschäftigte sich nur mit geschäftlichen Angelegenheiten, außerdem wurden noch die hiesigen Arbeits- und Lohnverhältnisse einer lebhaften Besprechung unterzogen. In der 2. Versammlung hielt der Vorsitzende Kollege Hajn einen interessanten Vortrag über den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, welcher allgemeinen Beifall fand. In der 3. Versammlung fand als Einleitung die Gedächtnisfeier für den verstorbenen Anwalt, Dr. R. Hirsch statt. Das Vereinslokal war der Würde der Feier entsprechend auf das Schönste dekoriert. Die Gedächtnisrede hatte Kollege Hajn übernommen. Der Redner betonte, daß der Tod unseres Anwaltes den Deutschen Gewerkschaften plöglich und überraschend gekommen sei. Redner schilderte in sehr warmherziger Weise den Lebensgang des Anwaltes, sein Wirken und Schaffen für die Deutschen Gewerkschaften. Als Gewerkschaftler haben wir sein Wirken zu sehen. Als Mensch sei er ideal gewesen. Der Redner betrauerte noch den Anteil des Verstorbenen an der sozialpolitischen Gesetzgebung und empfahl der Versammlung im Geiste des Verewigten weiter zu wirken; sein Ansehen werde in den Reihen der Deutschen Gewerkschaften, die mit Stolz seinen Namen tragen, nie erlöschen und allezeit in Ehren bleiben. Es folgten dann noch Berichte von Kollegen Hoffmann und Raab. Ersterer referierte über den Delegiertentag des Ausbreitungsverbandes des Herzogtum Anhalt und der Provinz Sachsen. Kollege Raab berichtete über die Agitation im Kreise Jeridow I. In der 4. öffentlichen Versammlung mit Damen hielt Herr Dr. W. Eigt-Gannover einen Vortrag über Maroffo. In überaus fesselnder Weise erläuterte der gewählte Redner die politische Lage im Zusammenhang mit der Maroffofrage. Im 2. Teile seines Vortrages zeigte Herr Dr. Weigt in Lichtbildern Land und Leute, die großen Karawanen in der Wüste und die beschwerliche Beförderung der Waren u. s. w. auf Gesein im Gebirge. Der Versammlungsbefuch war in allen Versammlungen befriedigend. Das Vermögen des Ortsverbandes betrug am Schlusse des Jahres Mk. 840,76. Auch im neuen Jahre soll im Kreise die Agitation energisch fortgesetzt werden, Anknüpfungspunkte sind schon vorhanden, sobald wir hoffen dürfen, in diesem Jahre einige neue Ortsvereine gründen zu können.
G. K.

Ortsverband Frankfurt a. Oder.

Im vergangenen Jahre wurden abgehalten: 4 Ausschüßungen, 2 kombinierte Ausschüßungen, 6 Verbandsversammlungen und eine außerordentliche Sitzung. Dabei wurden zwei Vorträge gehalten, von dem Kollegen Kalle und dem Verbandsredakteur Wolbschmidt, letzterer sprach über die neuen Steuerpläne der Regierung. Außerdem fand hier der Delegiertentag des Brandenburgischen Ausbreitungsverbandes statt, an dem sich auch der Ortsverband beteiligte. Ferner wurde eine Konferenz nach Kottbus einberufen, welcher der Vorsitzende beizuohnte. Auf dem Agitationsfest in Frankfurt waren wir auch vertreten. Eine auf Anregung des Zentralrats einberufene Konferenz, betreffend die Agitation und die Zeitungsjache, hätte besser besucht sein können, nahm aber einen guten Verlauf. Alle Ortsvereinsvertreter versprachen, eine lebhafte Agitation betreiben und für zahlreiche Abonnenten auf das "Korrespondenzblatt" sorgen zu wollen. (Gehtes ist in den meisten der beteiligten gemeinen Ortsvereine erfreulicherweise bereits ausgeführt worden. Red. d. Gewerks.) Die Korrespondenz war eine äußerst rege und umfaßte 104 Schriftstücke. An Eifer seitens des Ausschüßes hat es also nicht gefehlt, hoffentlich tun im neuen Jahre nun auch die einzelnen Vereine im vollen Maße ihre Schuldigkeit.
G. Schmidt, Schritzföhler.

Ortsverband Gnesen.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 6 Sitzungen und 5 Versammlungen, darunter eine öffentliche. Die Versammlungen beschäftigten sich unter anderem auch mit der Fleischnotfrage und wurde in einer Resolution an den Magistrat der Wunsch ausgesprochen, die städtischen Behörden möchten die Regierung auf die schweren Schäden der Fleischnot hinweisen. In der öffentlichen Versammlung sprach Verbandschritzföhler Klavon-Berlin über die Deutschen Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung. Der Vortrag hat auf Mitglieder und Gäste einen Eindruck gemacht.

Zum Ortsverband gehören die Maschinenbau- und Metallarbeiter, der Lederarbeiter, der Deutschen Kaufleute und der Großhändler Berufs- und Kaler. Im Kampfe mit den anderen Organisationen haben wir einen schweren Stand. Dessen Hilfe durch die Hauptverbände der hier vertretenen Gewerkschaften und durch den Zentralrat ist uns dringend erwünscht. Die Grundzüge und Einrichtungen unserer Organisation sind besser als die der anderen Organisationen, es ist aber nötig, daß dies den Arbeitern immer wieder vor Augen geführt wird.
Rasianski, Schritzföhler.

Ortsverband Ramm.

Im Jahre 1906 wurden 7 Ausflüge, 4 Ortsverbandversammlungen und eine außerordentliche Sitzung abgehalten. Die erste Ortsverbandversammlung fand am 2. Juli in Bergkamen statt, da wir in der Stadt keinen Saal bekamen. Hier referierte Herr Sonnemann-Dortmund über das Krankenlohnversicherungsgesetz. Die zweite Ortsverbandversammlung wurde am 6. August in Ramm abgehalten; hier hielt ebenfalls Herr Rebalter Sonnemann einen Vortrag und zwar über Unfallversicherung. Die dritte Versammlung tagte am 3. September in Ramm, wo wiederum Herr Sonnemann referierte, über Alters- und Invalidenversicherung. Die vierte Verbandversammlung am 4. November brachte uns einen Vortrag desselben Herrn über das Thema: "Was lehren uns die Streiks und ihre Ausprägungen?" Am 19. November fand in Bergkamen eine außerordentliche Ortsverbandversammlung statt zwecks Gründung eines Frauengewerkschafts. Frau Schäfers-Dortmund und Fräulein Christmann-Köln hatten das Referat übernommen und verstanden es, die anwesenden Frauen und Mädchen zur Gründung eines Ortsvereins zu bewegen, dem sofort 30 Mitglieder beitraten. Am Schluß des Berichtes sprach ich den Wunsch aus, daß der Ortsverband Ramm auch im neuen Jahre seine Gesundheit tue und ein fester Zweig werde an dem festgewurzten Baum der Deutschen Gewerkschaften.

Otto Hill, Schriftführer.

Gewerkschafts-Zeil.

§ Berlin. Am 10. Dezember fand im Verbandshaus die jährliche Generalversammlung des Zentral-Arbeitsnachweises der Berliner Ortsvereine (S.-D.) statt. In Vertretung des Zentralrats war der Verbandsschriftführer Kollege Klauon anwesend; von den zur Versammlung ebenfalls geladenen Generalräten der angeschlossenen Vereine hatte sich niemand eingefunden. In erster Reihe erstattete Schriftführer R. Müller den Tätigkeitsbericht des Vorstandes im allgemeinen, sodann referierte Kollege Rälzer über die Finanzverhältnisse des vergangenen Geschäftsjahres und enthielt berichtigende Korrekturen über die Arbeitsvermittlung. Aus allen drei Referaten ließ sich erkennen, daß der Arbeitsnachweis in hohem Maße den Anschein und seiner Bedeutung als gemeinnützige Einrichtung begriffen ist, demgegenüber allerdings auch härtere Opfer in Anspruch nimmt, jedoch als am 25. Juni 1905 die außerordentliche Generalversammlung dem Antrage des Vorstandes, den Jahresbeitrag auf 20 Pfg. pro Mitglied festzusetzen, ohne weiteres zustimmen sich verweigert fand. Von der letztgenannten Generalversammlung wurde gleichzeitig auch dem Vermittler eine wesentliche Ergänzung seiner Geschäftstätigkeit zugespochen. Die Konjunktur war zeitweise für gewisse Zweige der Metallindustrie derart günstig, daß beispielsweise der vom Vorstande in die Wege geleitete Schriftwechsel mit den Arbeitsnachweisen unserer Organisation im Reich zu dem Zweck, etwa dort brach liegende Arbeitskräfte nach Berlin zu vermitteln, infolgedessen keinen Erfolg hatte, als tatsächlich auch in der Provinz in diesen Branchen alles vollbeschäftigt war. Die aus dieser Korrespondenz gesammelten Erfahrungen lassen es dem Referenten dringend wünschenswert erscheinen, daß seitens der Ortsverbände inebensobere dem planvollen, sorgfältig organisierten lokalen Arbeitsnachweis mehr Interesse entgegengebracht werde. — Nach eingehender Debatte über diese Berichte gelangten zur Beratung folgende Anträge: 1. Der D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin IV beantragt bei der Generalversammlung des Arbeitsnachweises, dem Vorschlage der vereinigten Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend zuzustimmen, der dahin geht, den Arbeitsnachweis in eigene Verwaltung zu übernehmen und zu diesem Zweck einen eigenen Sozialbeamten anzustellen. Derselbe hat die Arbeitsvermittlung für alle angeschlossenen Vereine der verschiedenen Berufs- resp. der Gewerkschaften zu besorgen und, soweit seine Zeit nicht in Anspruch genommen wird, Arbeiten, die ihm von den vereinigten Ortsvereinen noch näher bestimmt werden, zu erledigen. 2. A. P. Zimmer, 2. Unterzeichneter Vertreter des D.-B. der Maschinenbau Berlin IV beantragt: Falls der Vorschlag von seitens der kombinierten Ortsvereine, daß der Arbeitsnachweis in eigene Verwaltung derselben übergeht, angenommen wird, den Vorstand des Arbeitsnachweises aus dem engeren Vorstand der kombinierten Ortsvereine der Maschinenbau und je einem Vertreter der anderen Gewerkschaften zusammenzusetzen. 3. Krug. 3. Die heutige Zentralarbeitsnachweises-Vertretung der vereinigten Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend erklärt sich mit dem Vorschlage der vereinigten Ortsvereine, den Arbeitsvermittler in Zukunft selbst zu stellen, einverstanden, und zwar in Form eines Sozialbeamten der vereinigten Ortsvereine, doch mit der Bestimmung, daß der betreffende Sozialbeamte in erster Linie Arbeitsvermittler für alle angeschlossenen Ortsvereine bzw. Gewerkschaften der verschiedenen Berufs bleibt und in zweiter Reihe noch erst näher festzulegende Arbeiten, die dem Sozialbeamten zufallen, zu verrichten hat. 4. A. Paul Jürging, Vorsitzender der kombinierten Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend. — Als Referenten für diese Anträge sprachen die Kollegen Jürging und Krug. Namens des Vorstandes erklärte der Vorsitzende Kollege Rudraß gegen diese Anträge Stellung nehmen zu müssen, da sie eine Majorisierung der anderen, schwächeren Berufsvereine seitens der Maschinenbau zur Folge haben würde im Gegensatz zu dem bisherigen demokratischen Prinzip, nach welchem jedem im Verband vertretenen Gewerkschaften, ungeachtet seiner größeren oder kleineren Mitgliederzahl, nur eine Stimme zugeht. Dem Verlangen des Kollegen Jürging auf härtere Vertretung der Maschinenbau im Vorstand könne im Interesse der Gerechtigkeit umso weniger stattgegeben werden, als dieselbe Entschädigung, welche jetzt der Vermittler erhält, von den Antragstellern als Zuschuß aus der Kasse des Zentral-Arbeitsnachweises für einen in ihrem Sinne angestellten Vermittler beansprucht wird. — Mit aller Entschiedenheit äußerte Kollege Klauon von dem Kollegen Jürging ausgehenden Gedanken, daß angesichts der größten Mitgliederzahl im Zentral-Arbeitsnachweises den Maschinenbauern mehr Rechte einzuräumen seien als den anderen, geringere Anzahl aufweisenden Ortsvereinen. Das sei nicht gesenshaftig gedacht. Er erklärt sich auf das Bestimmteste für die

Beibehaltung der bisherigen Form an sich. Ueber die Wahl einer für den Vermittlerposten geeigneten Persönlichkeit lasse sich reden; jedoch aber habe ein Vermittler, wer es auch sei, in erster Linie seine volle Pflicht dem Zentral-Arbeitsnachweis gegenüber zu erfüllen. — In der sich weiter entwickelnden lebhaften Debatte traten außer verschiedenen Vertretern der anderen Berufsvereine unter anderen auch diejenigen der Ortsvereine der Maschinenbau VIII und X als Gegner der Anträge auf und erklärten, daß nach gründlicher Erwägung der sich ergebenden Konsequenzen ihre Vereine für Ablehnung der Resolution der Kombinierten sich entschieden hätten. — Kollege Herold erklärt sich mit dem Sinne der Anträge einverstanden, doch nur insoweit, als es sich um eine tüchtige, allen Anforderungen des Nachweises jederzeit entsprechende Arbeit handelt; solle der Vermittler in vollem Maße seine Intelligenz in den Dienst des Arbeitsnachweises stellen, werde ihm sicherlich weder Zeit, noch die geistige Kräfte zu Gebote stehen für den Besuch von Versammlungen, für die Agitation u. s. w. Kollege Herold will deshalb von einer Verquickung zweier Ämter nichts wissen. In diesem Sinne äußern sich noch die Kollegen Lehrend und Rälzer, welche letzterer ohne weiteres sich bereit erklärt, einen aus den Reihen der Maschinenbau präsentierten Arbeitsvermittler für die bisher geübte Entschädigung zu akzeptieren. Kollege Herold stellt folgenden Antrag: "Beantworte den Vorschlag der kombinierten Ortsvereine der Metallarbeiter, den Arbeitsvermittler für den Zentral-Arbeitsnachweis zu stellen, anzunehmen." Mit allen gegen 2 Stimmen wird dieser Antrag angenommen. Die Anträge des D.-B. IV der Maschinenbau und Jürging sind hiermit erledigt; Kollege Krug zieht seinen Antrag zurück. — Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Kollege Rudraß, Vorsitzender, R. Müller, Schriftführer, Paul Rälzer, Kassierer; als Beisitzer die Kollegen Herold (Maschinenbau), Hildebrandt (Stahlarbeiter), Gerds (Bergarbeiter), Dantowski (Schlichter). — Nach Erledigung einiger die Öffentlichkeit weniger interessierender Fragen wurde sodann die Generalversammlung geschlossen.

R. M.

§ Cottbus. Seit zwei Wochen wird von seitens des Textilarbeiter-Verbandes eine lebhafteste Agitation in der Rieder-Kaufzig für den 10-Stunden-tag betrieben, da am 15. Januar die Antwort der Fabrikanten eintreffen soll. Hier in Cottbus sind die verschiedenen Fabrikversammlungen (schwach besucht gewesen, nicht etwa, weil die Arbeiter kein Interesse an der Sache hätten, sondern weil sie kein richtiges Vertrauen mehr zum Textilarbeiter-Verband besitzen. Denn die Herren Obergewerkschaften haben schon vor 10 Jahren beim Cottbuser Streik keine schöne Rolle gespielt und auch in den folgenden Jahren bestand ihre Tätigkeit und ihr Streben nur darin, sich die eigenen Privilegien zu verbessern. Ihr eigenes "Ja" war die Hauptsache. — Der Gewerkschaft der Stahl- (Zerill-) Arbeiter der Rieder-Kaufzig besitz gleichfalls starke Ortsvereine und so müssen die sozialdemokratischen Heißsporne, trotz ihres großen Strohhaars mit den Hirschen-Dunderschen röhren. Recht eigenartig aber müssen die Arbeiter angesichts der tatsächlichen Verhältnisse folgende Neuerungen annehmen, die der "Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie" entnommen sind. "Da in den letzten Saisons Kammergarnstoffe wieder mehr in den Vordergrund getreten sind, so steht zu erhoffen, daß unsere Industrie wieder mehrere gute Jahre vor sich hat, vorausgesetzt natürlich, daß dieselbe sich ruhig weiter entwickeln kann und von dem Unheil eines Streiks verschont bleibt. Denn durch einen Lohnkampf würde die hiesige Industrie längere Zeit lahmgelegt werden, schwer erungene und mit Mühe behauptete Absatzgebiete gingen verloren, und es bedürfte erst wieder jahrelanger Arbeit, die verloren gegangenen Gebiete wieder zurückzuerobieren. Und wer wären die am meisten Geschädigten? Doch in jedem Falle die Arbeiter, wie das Beispiel des sächsisch-thüringischen Textilarbeiterstreiks lehrt. Möge es daher der ruhigen Einsicht der Regierung der Arbeiterchaft gelingen, auch weiterhin die Oberhand zu behalten und aus friedlichem Wege zu erreichen suchen was zur Zeit zu erreichen ist. An dem guten Willen der Fabrikanten ist nicht zu zweifeln". Nun, wenn die Herren Arbeitgeber diesen guten Willen haben, dann lasse sich die Frage wohl in Frieden regeln, und die Arbeiter würden mit der 10-stündigen Arbeitszeit auch nicht übermäßig werden. Friede ernährt, Unfriede verzehrt!"

G.

Verbands-Zeil.

*** Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.) Sachsen-Anhalt.**

Aufruf an die Ortsvereine der Provinz Sachsen Herzogtum Anhalt und Braunschweig. Werte Kollegen! Erneuert richten wir an Sie den Aufruf, schließen Sie sich dem Ausbreitungsverband Sachsen-Anhalt an, um so in eine intensive Agitation für die Gewerkschaften einzutreten, denn nur ein immer engerer Zusammenschluß aller Vereine macht es möglich, den Öynern von rechts und links zu imponieren. Kollegen, unterstützen unser Unternehmen betreffs der Zeitungsfrage, abonnieren stetig auf den "Mitteilungs-Kurier", diese von uns geschaffene Waffe zur Abwehr unfähiger Angriffe. Jede gewünschte Auskunft wird vom Vorstande bereitwillig gegeben.

Magdeburg, 18. Januar 1906.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Vorstand.

A. Deder.

R. Rubert.

Fr. Triebel.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsabend der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, NO, Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 27. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 86a. Einzigen der Lüttigungsbücher. Vortrag des Sozialbeamten Kollegen Otto Joseph über: "Organisations-Berichtungen". — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Stettinstr. 50